

Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Online
Nr. 292

6. März. 24
33. Jahrg.

Die Linke

Barnim



How it started:

„Unser Ziel ist der Bau von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen.“

Ampel-Koalitionsvertrag, S. 69



How it's going:

Wohnungsbau-Studie

In Deutschland
fehlen 910.000
Sozialwohnungen

Instagram: @bundestagsperli

„Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper. Laut einer Studie des Pestel-Instituts fehlen aktuell rund 910.000 Sozialwohnungen für Menschen mit kleinen Einkommen“, darauf verweist der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Viktor Perli. „Viele Mieter:innen und Mieter wohnen daher in überbewerteten Wohnungen und haben Angst vor Mieterhöhungen, weil sie schon jetzt ihre Miete kaum stemmen können.“

„Die Ampel-Koalition ist in diesem Politikfeld komplett gescheitert“, meint Perli. „Der Staat wird inzwischen selbst zu einem Preistreiber, weil er - anstatt günstige Wohnungen zu bauen und Mietpreise mit einem Deckel zu begrenzen - im Rahmen von Sozialleistungen überbewertete Mieten bezuschusst.“ Deshalb kämpfe DIE LINKE für eine Investitionsoffensive für öffentlichen und sozialen Wohnungsbau und einen bundesweit wirksamen Mietendeckel für ältere Wohnungen!“

Sicheres Abwasser

DIE LINKE im Brandenburger Landtag hat für die morgige Sitzung des Umweltausschusses die Grenzwertüberschreitungen von Tesla-Einleitungen in das Abwassersystem des Wasserverbandes Erkner-Strausberg auf die Tagesordnung gesetzt. Darauf verwies der umweltpolitische Sprecher, Thomas Domres. „Wir brauchen Sicherheit für die Bevölkerung und andere Unternehmen, die Landesregierung muss als Fachaufsicht eingreifen“, so Domres.

In der vergangenen Woche war eine Entscheidung des Wasserverbandes verhängt worden, das Abwasser von Tesla nicht mehr zu entsorgen.

Das Private wird (wieder) politisch?

Heute, am 6. März: Equal Pay Day und am 8. März ist der Internationale Frauentag

Seit über 100 Jahren gibt es den Frauentag. Viel Auf und Ab gab es für die gleichen Rechte und Chancen der Geschlechter. Rechtliche Gleichbehandlungen, Kämpfe um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für das Recht über den eigenen Körper zu bestimmen.

100 Jahre Aktionen können nicht aufgezeichnet werden. Aber schon die letzten beiden Beispiele zeigen, dass vieles weiter im Argen liegt. Schwangerschaftsabbrüche stehen mit dem §218 im Strafgesetzbuch immer noch unter Strafe. Lediglich bei Einhaltung der Fristen- und Beratungspflicht bleiben Frauen von der Strafverfolgung verschont. Die Ampelkoaliti-

on wollte diese Regelung zwar „prüfen“, aber ein Ergebnis ist nicht in Sicht.

Auch beim „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“, bewegt sich kaum etwas. Darauf wird regelmäßig mit dem Equal Pay Day hingewiesen. Für 2024 liegt er genau heute, am 6. März. Das bedeutet: erst ab dem 7. März dieses Jahres werden Frauen für ihre Arbeit bezahlt. Die Zeit davor arbeiteten sie faktisch unbezahlt, natürlich statistisch gesehen. Laut Statistischem Bundesamt verdienen Frauen im Jahr 2023 mit durchschnittlich 20,84 Euro genau 4,46 Euro brutto weniger als Männer. Rechnet man diesen Wert von 18 Prozent in Tage um, arbeiten

Frauen deshalb bis zum 6. März 2024 ohne Vergütung. Deutschland bleibt damit Schlusslicht in Europa. Hauptursachen sind, dass Frauenberufe immer noch unterbezahlt sind, Frauen seltener Führungspositionen erreichen und häufiger – meist zur Versorgung von Kindern oder Pflegebedürftigen – in Teilzeit oder Minijob arbeiten.

Aufmerken lässt eine aktuell vielzitierte Studie des Kölner Politikwissenschaftlers Ansgar Hudde. Er zeigt auf, dass sich seit 2017 das Wahlverhalten zwischen Männern und Frauen zunehmend unterscheidet: Frauen wählen eher links und grün, Männer eher liberal, konservativ und rechts. In seiner

Studie, die jahrzehntelange Vergleiche beinhaltet, gibt es eine Schlussfolgerung, nämlich dass es seit 1953 noch nie so große Geschlechterunterschiede bei den 18- bis 24-Jährigen gegeben habe. Wählten Frauen in früheren Jahrzehnten eher konservativ, entscheiden sich heute die jüngeren Wählerinnen für LINKE, Grüne oder SPD.

Kommt da ein Grundsatz der Frauenbewegung aus den 1970-er Jahren zurück: Das Private wird wieder politisch? Es wird niemals anders gewesen sein. Vielleicht stellt sich aber die Frage neu, die eigenen Interessen im eigenen Haus und in der Gesellschaft laut zu artikulieren. *bc*

nächste Online-Ausgabe am 10. März

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Bernimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.

Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488

E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429

Verwendungszweck: Spende OW.